



## Niederschrift

### 18. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 15.06.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:07 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler	SPD	Sitzungsleitung
----------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE
Herr Pete Heuer	SPD
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE
Herr Lars Eichert	CDU
Herr Helmar Wobeto	AfD

##### sachkundige Einwohner

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Kerstin Sammer	CDU
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE

##### Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3
---------------------	--------------------

##### Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat
Herr Kai Okurka	Beirat für Menschen mit Behinderungen
Herr Peter Mundt	Seniorenbeirat

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
-------------------	-----------------------	--------------

##### zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Dr. Tina Denninger	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Stephanie Buhr	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Jan Lesniak	Bereich Grünflächen
Frau Julia Fitzner	Bereich Stadtentwicklung
Herr Bernd Richter	Kommunaler Immobilien Service
Frau Sabine Reisenweber	Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
Herr Jörg Bindheim	Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.05.2021 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte  
Gewalt und Stalking  
Vorlage: 21/SVV/0393  
Fraktion DIE aNDERE  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung  
Vorlage: 21/SVV/0455  
Fraktion Freie Demokraten  
- Wiedervorlage -
- 4.3 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen  
Vorlage: 21/SVV/0595  
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.4 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0646  
Fraktion DIE LINKE
- 4.5 Zugang und Nutzung Digitaler Technologien für alle ermöglichen  
Vorlage: 21/SVV/0625  
Stadtverordnete Heuer, Adler, Armbruster, Dr.Rünger, Vandr , Finken, Heigl,  
L.Teuteberg

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0569  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 5.2 Jahresbericht des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt 2019/2020  
Vorlage: 21/SVV/0570  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5.3 Barrierefreie Routen aus den Wohngebieten in die Innenstadt  
Vorlage: 21/SVV/0601  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5.4 Sicherung des Intergrationsgartens  
Vorlage: 21/SVV/0643  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service
- 5.5 "Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro"  
Vorlage: 21/SVV/0675  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 5.6 Zwischenbericht Sozialzentrum  
Vorlage: 21/SVV/0599  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 5.7 Bericht über die Arbeit der Ausländerbehörde der LHP
- 6 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.05.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 18.05.2021 zur Abstimmung.

Herr Mundt bittet um Korrektur, dass er als Vertreter des Seniorenbeirates im Ausschuss sitzt, nicht als Vertreter der Fraktion DIE LINKE.

Die so korrigierte Niederschrift wird mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Adler um Abstimmung über die Tagesordnung. Er informiert, dass die Anträge 21/SVV/0455 „Abwasseranalyse als Frühwarnsystem“ und 21/SVV/0646 „UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam“ durch die antragstellenden Fraktionen zurückgestellt werden. Somit entfallen die Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.4.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

### **zu 3      Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Der Bericht des Migrantenbeirates liegt schriftlich vor.

Herr Mundt bedankt sich im Namen des Seniorenbeirates für Installation von freiem WLAN im Bereich der Beiräte im Haus 1 auf dem Verwaltungscampus. Gleichzeitig wurde in diesem Bereich ein für die Beiräte zugänglicher und nutzbarer Rechner installiert. Dieses sollte insbesondere die Beiratsmitglieder unterstützen, die nur über ein kleines Einkommen und somit begrenzte Rechnertechnik verfügen. Herr Mundt betont, dass dies die Arbeit der Beiräte zukünftig erleichtern wird.

Des Weiteren informiert Herr Mundt, dass am 16.06.2021 die zweite Tagung des Rundes Tisches Digitalisierung in Form einer Zoom-Konferenz stattfindet. In dem Termin sollen konkrete Schritte zur Verbesserung der digitale Teilhabe der älteren Generation besprochen werden.

Herr Okurka informiert, dass das Meditationsverfahren stattgefunden hat. Das Ergebnis ist ihm nicht bekannt.

### **zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 4.1    Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking**

**Vorlage: 21/SVV/0393**

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Grasnick berichtet über das Gespräch mit dem Arbeitskreis Opferschutz. Sie macht deutlich, dass sich alle beteiligten dafür ausgesprochen haben, dass die Koordinierungsstelle eingerichtet wird. Eine kommunale ganzheitliche Gewaltschutzstrategie soll erarbeitet werden.

Frau Meier verweist auf die Haushaltssituation der LHP und fragt, ob diese Arbeit vom Arbeitskreis Opferschutz übernommen werden könne.

Frau Grasnick erklärt, dass der Arbeitskreis Opferschutz den Bedarf an der Koordinierungsstelle gesehen hat.

Frau Vandre macht deutlich, dass es zwei Möglichkeiten gibt. Der Antrag könne geändert werden oder zurückgestellt und die Stellungnahme des Arbeitskreises Opferschutz abgewartet werden.

Frau Gerber betont, dass die Fachkompetenz des Arbeitskreises Opferschutz eingeholt und im GSWI-Ausschuss vorgestellt werden sollte. So lautete auch der

Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten in der letzten Sitzung des GSWI-Ausschusses.

Frau Eifler hält es für wichtig, die Frauen aktiv in der konkreten Arbeit zu unterstützen. Sie spricht sich für die Zurückstellung des Antrages aus, um über die Stellungnahme beraten zu können.

Frau Gerber berichtet, dass die Stadt Oldenburg einen Maßnahmenplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erarbeitet hat. Diesen würde sie gern den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Zurückstellung der Drucksache.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen, 1 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.

Somit wird die Drucksache erneut zurückgestellt.

**zu 4.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung**

**Vorlage: 21/SVV/0455**

Fraktion Freie Demokraten  
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.3 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen**

**Vorlage: 21/SVV/0595**

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) bringt die Beschlussvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Frau Schulze macht deutlich, dass in der heutigen Sitzung des GSWI-Ausschusses kein Votum abgegeben werden soll, auch vor dem Hintergrund, dass durch die Beauftragte für Menschen mit Behinderung zum Thema Inklusion eine Zuarbeit geleistet werden sollte.

Des Weiteren bittet sie um Vorlage eines Stufenfinanzierungskonzeptes.

Herr Nolde fragt, ob die Angebote im Volkspark einbezogen wurden. Er spricht sich für die Öffnung der Schulhöfe aus und fragt nach dem Verfahren, wie dies ablaufen soll.

Herr Lesniak erklärt, dass eine Finanzierung für das Konzept benötigt wird. Dafür ist ein Konzept erarbeitet, welches aktuell mit dem Kämmerer diskutiert wird. Für 2021 sind Mittel für die Instandsetzung und für die Neuplanung vorhanden. Für die Deckung der zukünftigen Planungen 2022ff finden derzeit die Diskussionen statt.

Zum Volkspark erklärt er, dass die Kapazitäten mit betrachtet wurden. Aufgrund des Wachstums ist hier entsprechend nachzuarbeiten.

Frau Dr. Denninger teilt mit, dass eine Zuarbeit zum Thema inklusive Spielplätze erfolgt ist.

Herr Lesniak erklärt, dass die Stellungnahme in Bearbeitung ist und an das Spielplatzkonzept angehängt wird.

Frau Schulze hält es für sehr wichtig, dass dies mit betrachtet wird.

Herr Lesniak macht deutlich, dass aktuell darüber beraten wird, wie die Stellungnahme in das Konzept integriert werden kann, um dies beschließen lassen zu können.

Frau Waskowski betont, dass es aus ihrer Sicht Standard ist, bei der Erarbeitung eines Konzeptes die Inklusion zu betrachten.

Herr Lesniak macht deutlich, dass dies durchaus auch betrachtet wurde.

Frau Schulze beantragt die Zurückstellung des Antrages bis zur Sitzung nach der Sommerpause mit der Bitte, dass die Stellungnahme von Frau Dr. Denninger als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt wird.

Herr Adler bittet um Abstimmung über Geschäftsordnungsantrag.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 8 Zustimmungen einstimmig angenommen.

Somit wird die Drucksache zurückgestellt.

**zu 4.4 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam**

**Vorlage: 21/SVV/0646**

Fraktion DIE LINKE

Die Drucksache wird zurückgestellt.

**zu 4.5 Zugang und Nutzung Digitaler Technologien für alle ermöglichen**

**Vorlage: 21/SVV/0625**

Stadtverordnete Heuer, Adler, Armbruster, Dr.Rünger, Vandr , Finken, Heigl, L.Teuteberg

Frau Meier erklärt, dass die Installation von WLAN in den Bereichen der Verwaltung erfolgen soll. Sie weist darauf hin, dass dies aber in Einrichtungen, die sich nicht in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam befinden, nicht möglich ist. Frau Meier macht darauf aufmerksam, dass es individuelle Hilfen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes geben kann. Sie betont, dass alles, was in städtischer Zuständigkeit ist, geleistet wird.

Frau Tietz fragt, ob bei den Einrichtungen in freier Trägerschaft der Auftrag an den Träger erteilt und dies dann über das Entgelt geregelt werden könne.

Frau Meier betont, dass dies dann in die Entgeltverhandlungen eingebracht werden muss.

Herr Mundt macht darauf aufmerksam, dass in den Pflegeeinrichtungen ggf. ein gewisser politischer Druck ausgeübt werden könne, da der Bedarf in den Einrichtungen insbesondere während der Corona-Krise sehr groß war. Die digitale Teilhabe in solchen Einrichtungen sollte unterstützt werden.

Frau Eifler schlägt folgende Ergänzung vor: Bereitstellung von Internetzugängen in allen Wohnformen von Seniorinnen und Senioren **und für Menschen mit Behinderung**

Frau Vandre weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Sie plädiert dafür, den Antrag heute so zum Beschluss zu empfehlen. Sie regt an, auch kostenloses WLAN im ÖPNV aufzunehmen.

Herr Heuer betont, dass vor den entsprechenden Einrichtungen durch die Stadt auch Hotspots eingerichtet werden können. Auch kann der Antrag um weitere Gruppen ergänzt werden.

Frau Schulze spricht sich für den Vorschlag von Herrn Heuer aus, da durch die Einrichtungen die Kosten auf die Bewohner umgelegt werden.

Herr Seefeldt weist darauf hin, dass es in Bremen es eine Digitalambulanz gibt, die mit Ehrenämtern Kurse anbietet. Er benennt weitere Beispiele aus diversen Städten, in denen durch Ehrenämter kostenlose Angebote bereitgestellt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird gebeten, nachstehende Vorschläge, die auf eine Initiative des Seniorenbeirates der LHP Potsdam zurückgehen, zu prüfen, ggf. zu modifizieren oder zu ergänzen, um auch den Mitgliedern der Gruppe der älteren Menschen geeignete Teilhabe an digitalen Technologien zu ermöglichen.

Dabei sollen u.a. folgende Ansätze verfolgt werden:

- Verringerung der Ungleichverteilung der Nutzung digitaler Angebote, die u.a. in Abhängigkeit von Bildungsgrad und Einkommen stark variieren
- Bereitstellung von Internetzugängen in allen Wohnformen von Seniorinnen und Senioren **und für Menschen mit Behinderung**
- Kostenfreier Internetzugang im öffentlichen Raum
- Finanzielle und materielle Förderung entsprechender technischer Ausstattung (Soft- und Hardware, Zugang) für einkommensschwache Menschen
- Technischer Support und Qualifikationsangebote
- **Kostenloses WLAN im ÖPNV**

Dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion soll im Dezember dieses Jahres ein Zwischenstand berichtet werden. Darüber hinaus sollen die Überlegungen auch auf andere Bevölkerungsteile mit vergleichbaren Bedarfen Anwendung finden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 8 Zustimmungen einstimmig angenommen.

**zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1    Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0569**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Frau Fitzner (Bereich Stadtentwicklung) erläutert anhand einer Präsentation die Potentialflächenanalyse und weist darauf hin, dass die Potentialflächen erstmalig 2009 im Rahmen des STEK Wohnen erfasst wurden. Danach gab es vier Fortschreibungen, letztmalig 2017. Von der letzten Fortschreibung wurde die aktuelle Potentialanalyse abgeleitet. Frau Fitzner macht deutlich, dass die größte Potentialfläche in Krampnitz liegt.

Ein deutlicher Schwerpunkt liegt beim Geschosswohnungsbau. Alle Geschosswohnungsbauflächen sind für den Bau von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum geeignet.

Frau Fitzner verweist auf die neue Flächenkategorie, bei der die Kombination von Supermärkten und Wohnen geprüft werden soll.

Abschließend weist sie darauf hin, dass unter der Voraussetzung, dass alle Wohnungen realisiert werden, Wohnraum für ca. 29.500 Einwohner geschaffen werden können. Damit reichen die Flächen nicht für die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung aus.

Herr Seefeld verweist auf das Kirchsteigfeld, das hier nicht aufgeführt wurde.

Frau Fitzner erklärt, dass dies daran liegen könne, dass diese Fläche schon 2017 aufgeführt wurde. Auch vorbereitende Untersuchungsgebiete sind nicht aufgeführt. Sie macht deutlich, dass es sich hier um einen Stand handelt, der sich entwickelt.

Frau Vandre verweist auf Folie 5 und fragt, welche Flächen sind noch nicht beplant. Des Weiteren fragt sie, welche Schritte die Verwaltung unternimmt, um die Entwicklungspotentiale zu haben, die benötigt werden.

Frau Fitzner erklärt, dass man unter Abzug der Vorhaben im Baurecht prüfen müsste, welche Flächen dann noch zur Verfügung stehen.

Herr Eichert bemängelt, dass die Landeshauptstadt Potsdam die Baulücken nur schätzen kann. Er betont, dass in der LHP Wohnraum fehlt und auch Bauflächen. Er fragt, wann die Baulücken erfasst werden und was die LHP tun möchte, um neue Bauflächen zu erhalten.

Herr Heuer verweist auf die Diskussionen im SBWL-Ausschuss zur Bauleitplanung. Er betont, dass auch Entwicklungsgebiete ausgewiesen werden.

Frau Fitzner macht deutlich, dass bereits begonnen wurde zu eruieren, wo in der Landeshauptstadt Potsdam sich Baulücken eignen können.

Herr Adler fragt, ob auch mitgedacht wurde, ob es Objekte gibt, die nach oben erweitert werden können.

Dies wird durch Frau Fitzner verneint.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5.2 Jahresbericht des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt 2019/2020**

### **Vorlage: 21/SVV/0570**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Buhr, Frau Grasnick und Frau Dr. Denninger (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) stellen anhand einer Präsentation den Jahresbericht

Chancengleichheit 2019/2020 vor. Dabei gehen sie zunächst auf die Aufgaben und Kompetenzen der Beauftragten ein und verweisen dann auf die Veranstaltungen, die im Berichtszeitraum durchgeführt wurden. Anschließend informieren sie über die Projekte, die durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt gefördert wurden und gibt dann einen Ausblick auf die Vorhaben 2021/2022.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.3      Barrierefreie Routen aus den Wohngebieten in die Innenstadt**

#### **Vorlage: 21/SVV/0601**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Dr. Denninger (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) verweist auf den Beschluss 19/SVV/0914 zur Ergänzung des Stadtführers mit barrierefreien Routen und Hinweisen durch barrierefreie Routen aus den Hauptwohngebieten in die Innenstadt. Anhand einer Präsentation erläutert sie die Möglichkeiten, den Stadtführer entsprechend zu ergänzen. Dies soll voraussichtlich im 3. Quartal 2021 abgeschlossen sein. Sie weist darauf hin, dass Printprodukte nur in begrenztem Umfang erweiterbar sind. Anschließend stellt sie die Möglichkeiten der Darstellung in digitaler Form vor und gibt Erläuterungen dazu.

Herr Eichert bittet, dass der heute gefasste Beschluss 21/SVV/0625 schnell umgesetzt wird, um dies nutzen zu können.

Frau Dr. Denninger macht darauf aufmerksam, dass die Stelle der Beauftragten für Menschen mit Behinderung über ein Jahr lang nicht besetzt war.

Frau Gerber bedankt sich für die Präsentation.

Frau Waskowski geht davon aus, dass sich Frau Dr. Denninger vorher intensiv mit den Möglichkeiten befasst.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.4      Sicherung des Integrationsgartens**

#### **Vorlage: 21/SVV/0643**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Kommunaler Immobilien Service

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Er verweist auf die noch laufenden Gespräche mit den Betroffenen sowie der noch nicht abgeschlossenen internen Beratung.

Frau Schulze verweist auf die letzte Sitzung des Stadtteilrates, in der bereits die vorgesehene Fläche angezeigt wurde. Sie fragt nach der Zeitleiste der Umsetzung und was mit der Streuobstwiese von ca. 800 m<sup>2</sup> wird.

Herr Richter erklärt, dass die Streuobstwiese ist bei der Detailbetrachtung mit aufgegriffen wird. Zum Standort werden aktuell noch mehrere Varianten geprüft. Hier sind die internen Abstimmungen noch nicht abgeschlossen. Herr Richter betont, dass möglichst für alle Beteiligten eine gute Lösung erzielt werden soll.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5.5 "Alles unter einem Dach - Das Potsdamer Familienbüro"**

### **Vorlage: 21/SVV/0675**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Reisenweber (Fachbereich Bildung, Jugend und Sport) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Sie geht dabei auf die Zielstellung ein, eine zentrale Anlaufstelle für alle Potsdamer Familien zu schaffen und erklärt dann die drei Phasen der Umsetzung.

Herr Eichert spricht den Personalstellenbedarf an und weist darauf hin, dass die Leistungen bereits angeboten werden und trotzdem werden zusätzliche Stellen benötigt.

Frau Reisenweber erklärt, dass es eine neue Anlaufstelle geben wird, die auch Beratung anbietet. Es handelt sich um eine Bündelung von Aufgaben, die dort angeboten wird.

Herrn Eichert bittet um eine nähere Erläuterung der Personalfrage.

Frau Reisenweber macht deutlich, dass dies aktuell nicht im Haushalt berücksichtigt werden kann. Auch für den Haushalt 2022 sind die Mittel noch nicht angemeldet.

Frau Schulze spricht die ausgewiesenen Kosten in Höhe von ca. 4.500 Euro pro Monat für den Lotsendienst an. Dieser sollte bereits 2021 eingerichtet werden. Sie fragt, ob es sich hierbei um Mietkosten handelt. Des Weiteren bittet Frau Schulze um eine Zeitleiste mit Aussagen über die Abarbeitung der einzelnen Punkte.

Herr Nolde bittet darum, dass die niedrighwelligen Angebote hier berücksichtigt werden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5.6 Zwischenbericht Sozialzentrum**

### **Vorlage: 21/SVV/0599**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Herr Bindheim (Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Er erläutert das Vorgehen und teilt mit, dass zunächst die Abfrage der Bedarfe erfolgt ist.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5.7 Bericht über die Arbeit der Ausländerbehörde der LHP**

Frau Meier berichtet, dass vor 1,5 Jahren die AG ABH gegründet wurde, die die Arbeit der Ausländerbehörde begleiten soll. Ziel ist es, den Mitarbeitenden der Ausländerbehörde eine Handlungssicherheit in den Fällen zu geben, bei denen ein Ermessen möglich ist.

**zu 6      Sonstiges**

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 07. September 2021, 18:00 Uhr**

**Uwe Adler  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**